



Niederschrift

über die 21. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 07.12.2023

Landkreisverwaltung Anhalt-Bitterfeld, Kreistagssitzungssaal, Am Flugplatz 1, 06366
Köthen (Anhalt)

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:00 Uhr

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beratungsfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 26.10.2023
- 6 Informationen der Verwaltung
- 7 Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen
- 8 Berichterstattung über die Entwicklungen der Inanspruchnahme der Förderschulen
- 9 Bericht zur Arbeit des Sozialplaners/Vorstellung der beabsichtigten Neustrukturierung der Sozialplanung
- 10 Arbeitsplanung für das 1. Halbjahr 2024
- 11 Informationen zur Umsetzung des Wohngeld Plus Gesetzes
- 12 Behandlung öffentlicher Vorlagen
- 13 Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Öffentlicher Teil

Punkt 1. Eröffnung der Sitzung

Frau Zoschke eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, sachkundigen EinwohnerInnen und Gäste.

Punkt 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beratungsfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt.
Es sind 6 Ausschussmitglieder anwesend.
Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Punkt 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Frau Zoschke teilt mit, dass keine Änderungsanträge vorliegen, so dass die Tagesordnung der heutigen Sitzung festgestellt wird.

Die Ausschussmitglieder stimmen somit der Tagesordnung zu.

Punkt 4. Einwohnerfragestunde

Frau Zoschke gibt den TOP 4 bekannt.

Herr Dr. Trommel erhebt das Wort und nimmt Bezug auf die letzte Ausschusssitzung vom 26.10.2023. Er fragt zum Schuldenstand in Bezug auf das Goitzsche-Klinikum an. Er kritisiert das Abstimmungsverhalten des Ausschusses in der letzten Sitzung und gibt die Frage an Frau Zoschke, was mit den verschwundenen Steuergeldern i.H.v. € 40.000,00 passiert ist.

Frau Zoschke erläutert nochmals, dass der Aufsichtsrat über die Verwendung der € 40.000,00 abgestimmt hatte und sichert eine Beantwortung nach entsprechender Recherche zu.

Punkt 5. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 26.10.2023

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vor.

Über die Niederschrift wird mit 6 Ja-Stimmen abgestimmt.

Punkt 6. Informationen der Verwaltung

Es gibt keine Informationen von der Verwaltung.

Punkt 7. Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen

Es gibt keine amtlichen Mitteilungen.

Punkt 8. Berichterstattung über die Entwicklungen der Inanspruchnahme der Förderschulen

Frau Zoschke gibt TOP 8 bekannt und erteilt Frau Scheffler das Wort.

Frau Scheffler informiert über die steigenden Zahlen geistig behinderter Kinder. Diese führte im Jahr 2022 dazu, dass in der Förderschule in Bitterfeld nicht genug Räume zur Verfügung standen und sehr schnell eine Lösung gefunden werden musste. Um derartige Entwicklungen schneller zu erkennen, wurde eine Arbeitsgruppe gegründet, die dezernatsübergreifend arbeitet.

Frau Scheffler berichtete zu dieser Arbeitsgruppe und dass es schwierig ist, langfristige Schülerzahlen zu ermitteln.

Letztendlich gibt das Schulverwaltungsamt eine Förderempfehlung ab, jedoch entscheiden die Eltern, ob das Kind erstmal in einer Regelgrundschule beschult werden soll.

Punkt 9. Bericht zur Arbeit des Sozialplaners/Vorstellung der beabsichtigten Neustrukturierung der Sozialplanung

Frau Zoschke gibt den TOP 9 bekannt und erteilt Herrn Hesse das Wort.

Herr Hesse stellt die Sozialraumplanung vor.

Die Präsentation liegt als Anlage der Niederschrift bei.

Auf die Frage der territorialen Gliederung der Sozialplanung, teilt Herr Hesse mit, dass die Datenlage in den Kommunen relativ gut ist, sich somit auch auf diese bezogen wird, daneben aber auch, vor allem im Hinblick auf die Leistungsangebote in den Altkreisgrenzen geplant wird und natürlich auch immer der gesamte Landkreis zu betrachten ist.

Frau Zoschke hinterfragt, ob die Sozialraumplanung nur Sache des Sozial- und Gesundheitsausschusses ist oder ob die Vorstellung des Konzeptes auch in anderen Ausschüssen vorgesehen ist.

Herr Hesse dankt für den Hinweis und nimmt die Anregung mit, weitere Ausschüsse in seine Arbeit einzubeziehen, jedoch bleibt der Sozial- und Gesundheitsausschuss sein primäres Betätigungsfeld.

Herr Ehrlich lobt die gute und strukturierte Planungsvorbereitung und empfiehlt ebenfalls, weitere Ausschüsse in die Planung einzubeziehen.

Punkt 10. Arbeitsplanung für das 1. Halbjahr 2024

Frau Zoschke fragt die Anwesenden, ob Einverständnis besteht, die nächste Sitzung am 08. Februar 2024 im Gesundheitszentrum Bitterfeld stattfinden zu lassen und eine Besichtigung der Geburtenstation vorzusehen.

Herr Nowak merkt an, dass zum derzeitigen Zeitpunkt die Geburtenstation noch nicht fertig ist.

Frau Zoschke hofft, dass diese dann im Februar 2024 besichtigt werden kann und die Baumaßnahmen abgeschlossen sind. Dies wurde ihr im Vorfeld von Herrn Dr. Rottlieb bestätigt.

Der Tagungsort wird für den 08.02.2024 auf das Gesundheitszentrum festgelegt.

Weitere Tagungsorte für die nächsten Sitzungen bleiben vorerst beim Landkreis Anhalt-Bitterfeld – Kreistagssitzungssaal. Wenn im Februar 2024 weitere Vorschläge für andere Tagungsorte vorliegen, eventuell auch Pflegeheime, erfolgt sodann eine Abstimmung.

Frau Zoschke teilt mit, dass die Briefe zum Gesundheitsminister Bund und zur Gesundheitsministerin Land zwischenzeitlich versandt worden sind. Sie hofft, dass bis zur nächsten Sitzung eine Antwort vorliegt.

Im Übrigen wird auf die vorliegende Tischvorlage Bezug genommen.

Punkt 11. Informationen zur Umsetzung des Wohngeld Plus Gesetzes

Frau Zoschke gibt den TOP 11 bekannt und erteilt Herrn Braunsdorf das Wort.

Herr Braunsdorf gibt ausführliche Informationen zum TOP.

Die Präsentation liegt als Anlage der Niederschrift bei.

Herr Heeg hinterfragt die Notwendigkeit, warum so viele Mitarbeiter beschäftigt sind, obwohl derzeit im Schnitt nur 40 % mehr Neuanträge bei der Wohngeldbehörde eingehen.

Herr Braunsdorf erklärt, dass sich die Grafik nur auf die Erstanträge bezieht, nicht jedoch auf die Weiterbewilligungsverfahren /-anträge. Das vorhandene Personal wird benötigt, um auch jetzt die Tätigkeiten nachzuholen, welche in der Phase der hohen Antragsflut nicht durchgeführt werden konnten.

Frau Kutz fragt nach der Dauer der Bearbeitungszeiten an?
In der Regel beträgt derzeit die Bearbeitungsdauer 2-3 Monate.

Problematisch ist, dass es nur einen Zahllauf im Monat gibt. Dieser wird über das Land zentral gesteuert. Selbst wenn der Antrag nach 2 Monaten beschieden wird, fließt das Geld mitunter erst einen Monat später. Anträge bei denen weitere Leistungen davon abhängen, insbesondere BuT -Leistungen werden vorgezogen und schneller beschieden.

Frau Zoschke möchte gern wissen, ob es durch das neue Gesetz einen geringeren Bürokratieaufwand gibt.
Herr Braunsdorf verneint diese Frage.

Punkt 12. Behandlung öffentlicher Vorlagen

Frau Zoschke gibt TOP 12 bekannt.

Öffentliche Vorlagen liegen der Sitzung nicht vor.

Punkt 13. Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Frau Mädchen fragt an, ob im Gesundheitszentrum zum 01.11.2023 zwischenzeitlich eine Fachärztin tatsächlich ihren Dienst aufgenommen hat.

Herr Nowak bestätigt dies, ist sich jedoch nicht ganz sicher.

Nicht öffentlicher Teil

Die Herstellung der Nichtöffentlichkeit wird vorgenommen, auch mit Hinweis auf die Nichtöffentlichkeit für die Vertretung der Liga – Wohlfahrtsverbände.

gez. Dagmar Zoschke

Vorsitzende/r des Sozial- und Gesundheitsausschusses

gez. Karen Reinelt
Gudrun

Petzhold
Protokollant/in